

GENTECHNIK

ist nicht grün!

**Grüne Informationen
zur Agro-Gentechnik
im Raum Karlsruhe
von Bühl bis Waghäusel.
Mit Karte:
Agro-Gentechnik vor Ort.**

Inhalt:

Grüne Positionen zur Gentechnik.

Ein weltweites Problem lokal angehen.

Was läuft wo? Berichte aus Gemeinden.

Bündnis Gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein.

So gehts! Musterantrag.

Gentechnik: EU, Bund und Land.

Weg vom Öl! ... Hin zum Gen-Mais?

Hightech ohne Gentech.

Kreiskarte: Gentechnik vor Ort.



Liebe Leserin, lieber Leser,

2006 ist die Agro-Gentechnik in unserer Region angekommen. Der Hintergrund: Zu Beginn der Amtszeit von Minister Seehof er wurden fünf Sorten des gentechnisch veränderten Mais MON 810 in Deutschland für den kommerziellen Anbau zugelassen, nachdem Ministerin Künast zuvor die Zulassung wegen rechtlicher Bedenken zurückgestellt hatte. In MON 810 wurde ein Gen des Bakterium *Bacillus thuringiensis* eingebaut. Der Mais produziert dadurch in allen Pflanzenteilen ein insekten-schädigendes Eiweiß, das ihn vor dem Schädling Maiszünsler schützen soll. Laut Standortregister wird Mais MON 810 dieses Jahr auf etwa 1900 Hektar angebaut, der Anbauschwerpunkt liegt dabei in den neuen Bundesländern mit 51% in Brandenburg und 20% in Mecklenburg – Vorpommern. Für Baden - Württemberg meldete das Standortregister im Februar 2006 sieben Anmeldungen, vier davon allein in unserer Region. Bei allen sieben Meldungen handelte es sich um Versuchsfelder von Saatgutunternehmen, vor allem aber von landeseigenen Versuchsanstalten. Während die baden-württembergischen Landwirte weiter auf gentechnikfreie Produktion setzen, kommt die Gefahr von Verunreinigungen durch Pollenflug durch die Hintertür der Landesversuche.

Diese Gefahr ist je nach Versuchsanordnung unterschiedlich hoch: bei den nach Protesten zurückgezogenen Versuchen in Kraichtal und Lichtenau ging es um Sortentests, zumindest in Kraichtal sollten die Maisblüten zum Schutz der umliegenden Felder in Tüten verpackt werden. In Linkenheim - Hochstetten sollen die Auswirkungen von MON 810 auf Bodenlebewesen untersucht werden, die Blüten spielen dabei keine Rolle und werden abgeschnitten. Gefährlich ist der Versuch in Rheinstetten, der trotz Protesten nicht verhindert werden konnte: hier ist es Versuchszweck, den Pollenflug testen zu können - mitten in einem intensiven Maisanbaugebiet.

Der Protest gegen die Gentechnik -Versuche hat Grüne aus Stadt und Landkreis Karlsruhe, aus Baden-Baden und Rastatt zusammengeführt - so entstand die Idee für einen regionalen Rundbrief zum Thema Agro-Gentechnik. Neben Hintergrundberichten soll dieser Rundbrief vor allem aufzeigen, was an Widerstand auf den verschiedenen politischen Ebenen möglich ist, von den Kommunen über die Region Mittlerer Oberrhein und die Landespolitik bis zur Bundesebene.

Das Redaktionsteam

Warum sind die Grünen gegen Agro - Gentechnik? Überraschung!

Im Gegensatz zur traditionellen Pflanzenzüchtung werden bei der Agro-Gentechnik Artgrenzen überschritten, z.B. Gene aus Bakterien oder Viren in das Genmaterial von Pflanzen übertragen. Dabei können weder der Ort, an dem das neue Gen eingebaut wird, noch Wechselwirkungen innerhalb des Genoms der Nutzpflanze gesteuert werden. Unerwartete Nebenwirkungen, die eventuell erst nach Jahren des Anbaus entdeckt werden, kann niemand ausschließen.

Wir Versuchskaninchen

Langzeitwirkungen auf die menschliche Gesundheit bei der Ernährung mit genmanipulierten Nahrungsmitteln sind kaum erforscht. Im Juni 2005 beklagte die Weltgesundheitsorganisation WHO die mangelhafte Datelage und forderte weitere Untersuchungen. Möglich sind zum Beispiel Allergien, die durch neuartige Eiweißverbindungen ausgelöst werden.

Das Ökosystem

Eine durch Genmanipulation insektenresistente Nutzpflanze wirkt nicht nur gegen den „Zielorganismus“, sondern auch gegen eine Vielzahl „nicht gemeinter“ Insekten, z.B. Schmetterlinge. Gefährlich wird diese Eigenschaft, wenn sich die Gen-Nutzpflanze durch Pollenflug oder Insektenbestäubung mit verwandten Wildarten kreuzen kann und die neuen Eigenschaften unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Auch über derartige direkte Wirkungen der Genpflanze hinaus wird die Agro-Gentechnik nicht ohne Folgen bleiben. Der großflächige Anbau weniger Sorten wird die Landschaft in Richtung „Agrarsteppe“ verändern, statt kleinstrukturierte, naturverträgliche Landwirtschaft zu pflegen.

Koexistenz?

Die Gefahren von Pollenflug und Bienenbestäubung betreffen nicht nur die Umwelt, sondern auch in der Nähe liegende Felder mit derselben, aber nicht genveränderten Nutzpflanze. Rot-Grün hat im Gentechnik-Gesetz das innerhalb der EU- Rechtsprechung Mögliche getan, um ein Nebeneinander von konventioneller bzw. biologischer Landwirtschaft und Agro-Gentechnik zu ermöglichen, hat strenge Haftungsregelungen eingeführt und Regeln zum Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen festgelegt. Dennoch ist es fraglich, ob in unserer kleinteiligen Landwirtschaft eine Koexistenz möglich ist. Das Beispiel Kanada spricht dagegen, wo sich genmanipulierter Raps innerhalb von wenigen Jahren flächendeckend in traditionelle Rapsorten einkreuzte und Bioauern resigniert jeden Rapsanbau aufgegeben haben.

Innovationsfeindliche Grüne!

Seit ihrer Gründung müssen Bündnis 90/Die Grünen mit dem Vorwurf der Technologiefeindlichkeit leben, dabei sind sie nur nicht blind technologiefreundlich. Entscheidend ist, wie fehlerfreundlich eine neue Technologie ist, wie leicht Fehleinschätzungen, wie sie bei allen Innovationen auftreten können, korrigiert werden können. Die Agro- Gentechnik ist extrem fehlerfeindlich. Stellt man nach Jahren negative Auswirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen auf Umwelt oder Gesundheit fest, können sich die entsprechenden Gene längst ausgekreuzt haben und sind nicht mehr rückholbar.

Nicht eingelöste Versprechen I

Weniger Chemie auf dem Acker durch mehr Gentechnik? Studien in den Hauptanbaugebieten gentechnisch veränderter Nutzpflanzen, den USA und Argentinien, belegen das Gegenteil: Langfristig kam es beim Anbau von Gen-Raps oder Gen-Mais im besten Fall zu gleichbleibendem, im schlechtesten Fall zu einem höheren Pestizideinsatz. Probleme gibt es durch Resistenzbildungen von Insekten und Wildkräutern oder durch „Superunkräuter“, wenn sich die Herbizidresistenz einer Gen-Nutzpflanze auf verwandte Wildarten überträgt.

Nicht eingelöste Versprechen II

Agro-Gentechnik wird das Hungerproblem nicht lösen. Sie ist ausgerichtet auf die Probleme landwirtschaftlicher Monokulturen in Großbetrieben. Sie bringt kleinbäuerliche Betriebe in Entwicklungsländern in neue Abhängigkeit von Konzernen, die sich ihre Sorten patentieren und ihr Saatgut Jahr für Jahr teuer bezahlen lassen.

Ursula Häfner

Wirtschaftliche Aspekte des Anbaus gentechnisch veränderter Lebensmittel

Bei der Einführung neuer Technologien wird immer wieder behauptet, Deutschland dürfe sich von der weltweiten Forschung nicht abkoppeln, damit wir als „Technologie-exporteur“ nicht abgehängt und damit „tausende von Arbeitsplätzen“ gefährdet würden. Wohl nirgends ist diese Argumentation unpassender als bei der Einrichtung von Versuchsfeldern für gentechnisch verändertes Saatgut. Damit wird keine Forschung vorangetrieben. Vielmehr begibt sich die deutsche Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie dadurch in eine gefährliche Abhängigkeit von einem Industriegiganten.

Durch aggressives Aufkaufen von Saatgutfirmen stammen inzwischen 90 Prozent aller weltweit angebaute GenPflanzen, wie auch der auf den Versuchsfeldern in Rheinsetten angebaute Genmais MON 810, vom global agierenden Unternehmen Monsanto. Dessen

Ein weltweites Problem lokal angehen? Ja!

Bis jetzt haben sich für Kommunen drei Wege herauskristallisiert, gegen Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln Position zu beziehen.

Eine Gemeinde kann einen Passus in ihre Pachtverträge aufnehmen, der Pächter gemeindeeigener Grundstücke verpflichtet, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten. Eine Gemeinde kann festlegen, dass in städtischen Kantinen nur gentechnikfreie Lebensmittel verwendet werden und damit öffentlichkeitswirksam die über 70% der Verbraucher unterstützen, die sich gegen Gentechnik in Lebensmitteln aussprechen. Als dritte Möglichkeit kann sich die Gemeinde einem Bündnis wie der Gentechnikfreien Region Mittlerer Oberrhein anschließen. Das hat keinerlei rechtliche Auswirkungen, aber eine kräftige

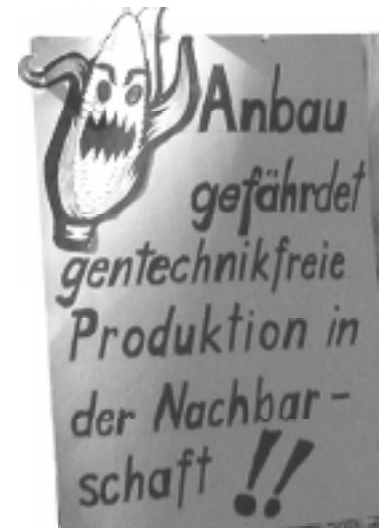
atemberaubendes Ziel es ist, die globale Landwirtschaft vollständig unter seine Kontrolle zu bringen – und sogar die gesamte Kette der Nahrungsmittelproduktion ökonomisch zu dominieren. Es besitzt bedeutende Patente auf gentechnische Methoden und auf Gene. Damit kann es Landwirte vertraglich so binden, dass die Ernte keineswegs dem Landwirt allein gehört. Vielmehr sichert das Patentrecht Monsanto Lizenzrechte. Der Bauer kann damit seine Ernte nicht wieder als Saatgut verkaufen.

Darüber hinaus sind die Patente so weit gefasst, dass sie auch noch die Folgeprodukte der Ernte bis zum Endprodukt umfassen. „Patentverletzungen“ werden von Monsanto gnadenlos verfolgt. Sogar Bauern, die gar kein Saatgut von Monsanto verwenden, wurden in USA bereits erfolgreich verklagt, wenn sich auf ihren Feldern „Monsanto-Pflanzen“ befanden (wenn die Felder also in unserem Verständnis kontaminiert waren). Was das für Folgen in der kleinräumig strukturierten Landwirtschaft Baden-Württembergs bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen.

Auch wenn es Monsanto bestreitet: die Kontamination (Verunreinigung)

tige Signalwirkung. Wenn wir davon ausgehen, dass kein Landwirt im Ländle gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen will - solange es nicht alle anderen machen - kann der kommunale Beitritt zu einem Bündnis gegen Agro-Gentechnik eine Keimzelle dafür sein, durch freiwillige Übereinkunft eine Insel der Gentechnikfreiheit zu schaffen und zu sichern. Vorausgesetzt, die Transparenz, die durch das Standortregister ermöglicht wurde, wird von der Großen Koalition nicht angetastet. Und vorausgesetzt, es bleibt für Landwirte weiterhin möglich, zertifiziert gentechnikfreies Saatgut zu bekommen.

In der Region um Karlsruhe sind bis jetzt fünf Gemeinden und Städte der Gentechnikfreien Region Mittlerer Oberrhein beigetreten. In vier der Gemeinden ging die Initiative von grünen Gemeinderäten aus, in



mit gentechnisch verändertem Pollen ausgehend von so genannten „Versuchsfeldern“ liegt ganz in seinem - und nur in seinem - wirtschaftlichen Interesse: Sie ebnet den Weg zum großflächigen Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel.

Gleichzeitig wird der Weg versperrt, garantiert gentechnikfreie Lebensmittel anzubauen und zu vermarkten. Gerade in dieser „Nische“ liegen jedoch die besten Chancen für unsere kleinräumige, hochwertige Nahrungsmittelproduktion.

Sabine Just-Höpfinger
B90/Grüne, KV Karlsruhe

Waghäusel von Bürgermeister und Verwaltung, ebenso in Oberhausen – Rheinhausen, wo der Gemeinderat Ende September über einen Beitritt zur Gentechnikfreien Region entscheiden wird. Die Grünen von Bühl, Baden - Baden, Karlsruhe und Pfinztal haben bereits Anträge in ihren Räten eingebracht und erwarten eine Entscheidung im September beziehungsweise befinden sich in Warteschleifen durch Verzögerungen, Verschieben des Themas in Ausschüsse etc. Die Grünen in Lichtenau, Bretten und Graben-Neudorf sowie die Kreistagsfraktion im Landkreis Rastatt wollen noch in diesem Jahr ihre Anträge stellen.

Dabei ist die Entwicklung in jeder einzelnen Kommune spannend: Noch haben sich keine eingefahrenen Entscheidungsmuster herausgebildet, manchmal stimmt Rot -

Grün klassisch gegen Schwarz - Gelb, manchmal erleben die Grünen eher die SPD -Räte als hemmend. Es gab auch einstimmige Abstimmungsergebnisse, z.B. in Weingarten, wo wie in Rastatt beschlossen wurde, gemeindeeigene Flächen gentechnikfrei zu halten. In drei Gremien mussten die grünen Räte Abstimmungsniederlagen

hinnehmen: Anträge, die Pächter gemeinde- bzw. kreiseigener Grundstücke zu gentechnikfreiem Anbau zu verpflichten, wurden im Gemeinderat von Bruchsal, in Oberderdingen und im Ausschuss für Umwelt und Technik des Landkreises Karlsruhe abgelehnt.

Dabei war ein klares Bekenntnis der Antragsgegner zur Agro-Gentechnik

die Ausnahme. Begründungen waren eher der bürokratische Aufwand oder die Schwierigkeiten mit gentechnikfreiem Saatgut. Das beliebteste Argument: für dieses Thema ist die Kommunalpolitik nicht zuständig....

Ursula Häffner,
B90/Grüne, KV Karlsruhe-Land

Karlsruher immer noch nicht Mitglied der Gentechnikfreien Region

Im Februar diesen Jahres hat die Grüne Fraktion im Gemeinderat beantragt, dass die Stadt Karlsruhe der Gentechnikfreien Region Mittlerer Oberrhein beitrifft, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf städtischen Flächen untersagt und sicherstellt, dass in städtischen Kantinen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel auf den Tisch kommen. Außerdem sollte die Stadt den auf der Gemarkung wirtschaftenden Landwirten empfehlen, ebenfalls der Gentechnikfreien Region beizutreten.

Dieser Antrag war nicht der erste, den die Grünen zu diesem Thema eingebracht haben. Vielmehr hatte

die Gemeinderatsfraktion das Thema in den letzten Jahren mehrfach aufgegriffen, zuletzt mit einem Antrag vom 27. April 2004. Doch trotz einer grundsätzlich positiven Reaktion auf den 2004-er Antrag waren damals keine klaren Beschlüsse gefallen. Weder war Karlsruhe der Gentechnikfreien Region beigetreten, noch waren die Pachtverträge um einen Passus zur Gentechnik-Freiheit ergänzt worden.

Deshalb nun also der neue Versuch, der allerdings wieder ohne klaren Beschluss endete und zwar deshalb, weil in der Debatte am 28. März Ute Müllerschön für die SPD-Fraktion zwar pro Gentechnikfreie Region sprach, aber für eine Weiterberatung im Umweltausschuss plädierte. Dem Wunsch auf Überweisung in den Ausschuss kam der Oberbürgermeister gerne nach und vermied so eine Abstimmung, die wir womöglich gewonnen hätten.

Bezüglich des Genmais-Anbauversuchs der Landesanstalt für Pflanzenbau in Rheinstetten hat die Grüne Gemeinderatsfraktion sich im April mit einem Brief an OB Fenrich gewandt und auf die unmittelbare Nähe der Versuchsfläche zum FFH-Gebiet „Hardtwald zwischen Karlsruhe und Muggensturm“ auf Karlsruher Gemarkung hingewiesen. Die Karlsruher Grünen haben dabei die Ansicht vertreten, dass eine FFH-Verträglichkeitsuntersuchung notwendig sei, da eine Verfrachtung der Pollen, die eine „aktive“ Form des für Schmetterlinge toxischen Proteins von *Bacillus thuringiensis* enthalten, in das FFH-Gebiet nicht auszuschließen sei. Leider konnte die Stadt einen entsprechenden Handlungsbedarf nicht erkennen.

Gisela Splett



Kreisverband Rastatt/Baden-Baden arbeitet an Front gegen Agro-Gentechnik

Die „Agro-Gentechnik“ wurde im KV Rastatt/Baden-Baden erstmals im Kommunalwahlkampf 2004 stärker thematisiert und mit Veranstaltungen unterstützt. In der Folge entstand bei der Grün-Alternativen-Liste Bühl eine aktive Arbeitsgruppe zum Thema. Diese mündete 2006, um eine breitere Basis zu erlangen, in einer neutralen, gemeindeübergreifenden Gruppe.

Im vorgezogenen Bundestagswahlkampf 2005 war eines unserer zentralen Themen die „Gentechnik“ und damit verbunden natürlich auch „gesunde Lebensmittel“. Mit „Tafeln

gegen die Gentechnik“ setzten wir in Baden-Baden, Bühl und Sinzheim Akzente.

Der Landtagswahlkampf 2006 wurde auch mit einem inhaltlichen Schwerpunkt „Gentechnik“ verfolgt. Der überraschende Eintrag von Genmaisfeldern in Lichtenau und Rheinstetten in das Standortregister heizte die Diskussionen an. Mit Presseerklärungen und Veranstaltungen haben unsere KandidatInnen Ihre Ablehnung dargelegt. Glücklicherweise wurde Lichtenau nach kurzen Protesten durch uns und die verschiedensten Verbände zurückgezogen. Wie sich später heraus stellte, hatte die Firma „Agroplan“ ohne Wissen des Verpächters einen Genmaisversuch geplant und ins Register eintragen lassen. Der Verpächter untersagte

dann den Anbau, nachdem er über die Presse und die Proteste davon erfuhr.

Seit März verfolgen wir im Kreisverband das Ziel, in allen Gremien mit grünen VertreterInnen einen Beitritt zum Aktionsbündnis „Gentechnikfreie Zone“ zu beantragen. Im September werden sich die Stadträte in Baden-Baden und Bühl mit den Anträgen befassen. Im Kreistag und in Lichtenau sollen noch im Herbst Resolutionen eingebracht werden. Bislang hat lediglich Rastatt einen Beschluss gefasst, den Anbau von genmanipuliertem Saatgut auf städtischen Grundstücken zu untersagen.

Hans-Peter Behrens, B90/Grüne
KV Rastatt/Baden-Baden

Essen ohne Gentechnik

Die Arbeitsgruppe „Essen ohne Gentechnik“ für den Raum Bühl, Baden-Baden und Rastatt wurde im Januar 2006 gegründet. Die Initiative entstand aus dem seit 2004 bestehenden AK Gentechnik der „Grün-Alternativen Liste Bühl“. Wir verstehen uns als überparteiliche Gruppe und haben uns zum Ziel gesetzt, Bürgerinnen und Bürger über die Risiken und Gefahren der Gentechnik in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln zu informieren.

Dies versuchen wir bislang durch folgende Aktionen: aktuelle Infotafel im Schaufenster des Bühler Bioladens Naturata, mit Informationsständen in der Fußgängerzone, mit Informationsveranstaltungen, Filmvorführungen, über Briefaktionen, bei denen Stadträte und Hofläden informiert wurden, oder durch Protestbriefe an Molkereien. Ferner

sammeln wir Unterschriften für das Bündnis „Gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein“.

Mit diesem Bündnis, das vor ca. einem Jahr federführend durch den BUND Karlsruhe für unsere Region gegründet wurde, arbeiten wir eng zusammen. Wir unterstützen die Aktionen gegen den Versuchsanbau von Genmais in Rheinstetten, durch die Landesanstalt für Pflanzenbau. So nahm unsere Gruppe teilnehmerstark an zwei Demonstrationen in Rheinstetten teil. Nachdem wir zuletzt auf dem Bauernmarkt in Bühl vertreten waren und auf unsere Anregung im Bühler Kino der Film „We feed the world“ lief, sind wir am 7. und 8. Oktober 06 beim Ökomarkt des BUND in Baden-Baden Oos mit einem Infostand dabei. Wir zeigen Ausschnitte aus dem Film „Leben außer Kontrolle“; damit wollen wir die Badener Bürgerinnen und

Bürger auf den Filmvortrag in der Volkshochschule am 21. Nov. 06 um 19.00 Uhr hinweisen. Dieser Film kann bei uns für weitere öffentliche Filmvorführungen kostenlos ausgeliehen werden!

Informationen zum Bündnis finden sie unter www.bund.net/mittlerer-oberrhein/gfr.htm und zur die Arbeitsgruppe über Ingrid Walter, Tel. 07223/951503!

Ingrid Walter,
Vorsitzende GAL Bühl



Kraichtal – wie war das ?

Kraichtal, Verbandsgemeinde mit neun ländlich geprägten Ortsteilen und zusammen 15.000 EinwohnerInnen, im Nordostwinkel des Landkreises Karlsruhe, aber nicht hinter dem Mond gelegen.

Schon vor Jahren wurde über GVO in der Landwirtschaft diskutiert. Seit 2001 werden stadteigene Grundstücke nur noch an GVO-freie Betriebe verpachtet. Die Bauern des Ortsteiles Gochsheim haben sich zusammengetan und das gentechnikfreie Gochsheim ausgerufen. Die evangelische Kirche veranstaltete Informationsabende zum Thema.

Da erscheint Anfang 2006 das „Kraichtaler Versuchsfeld“ im Standortregister für einen GVO-Maisanbau. Ohne Verzug rufen wir, der grüne Ortsverband, in einer auffälligen Anzeige im Ortsblatt zu Diskussion und Widerstand auf.

Nahezu jeder erfährt erst dadurch von den Plänen der Versuchsanstalt. Rasch koordinieren sich die Gruppen: Bauern, NABU, Kirche,

Grüne, SPD und viele einzelne. Unterschriften werden gesammelt, eine Demo organisiert, Anzeigen geschaltet, Plakate aufgehängt. Die Stadtregierung agiert ideenlos und kann leicht öffentlichem Spott ausgesetzt werden. Eine „sachliche Informationsveranstaltung“ von Landwirtschaftsministerium und Bürgermeister in vollbesetzter Halle erreicht das Gegenteil des Angestrebten: Die Kraichtaler waren vorher dagegen und danach erst recht. Kurz darauf wird der Versuch zurückgezogen, offiziell als Verdienst des CDU Landtagskandidaten, der die Stadt in Stuttgart gerettet hat (es war Wahlkampf).

Danach zunächst Aufatmen. Dann Einbringen eines Antrags im Stadtrat (SPD und Grüne): Beitritt der Stadt zur Region gentechnikfreier Oberrhein. Nach anfänglichem Zögern der CDU zuletzt einstimmiger Beschluss zum Beitritt. Und: Die Initiative gentechnikfreies Kraichtal wird formell gegründet mit drei parteiunabhängigen Sprecher-

Innen von NABU, Bauern und Kirche. Sie erhält, wie jeder andere Verein, das Recht, im Ortsblatt Mitteilungen zu drucken.

Kurz: alles OK, Versuch verhindert, Stadt offiziell und grundsätzlich dagegen, Widerstandsgruppe formiert.

Warum so erfolgreich?

Erstens: Der Widerstand war schon lange da, als die Herren ankamen. Zweitens: Die große Mehrheit der Bevölkerung ist dagegen und lässt sich ungerne hintergehen.

Die große Empörung entstand aus der Heimlichkeit, mit der GVO eingeschlichen werden sollte. Wer liest schon Standortregister im Internet? Offensichtlich zu viele:

Frau Schavan will die Versuchsfelder aus dem Register streichen lassen!

Ulrich Altdörfer,
B90/Grüne OV Kraichtal

Keine Gentechnik in Karlsbad, Waldbronn und Marxzell

Beschlussvorlage der Gemeindeverwaltung Karlsbad

Die Gemeinde Karlsbad tritt dem Bündnis zur Gentechnikfreien Region Mittlerer Oberrhein bei, beschlossen vom Gemeinderat Karlsbad bei einer Enthaltung im September 2005, angestoßen von der „Initiative für Gentechnik-freie Region Karlsbad/Waldbronn“, gegründet vom grünen Ortsverband Karlsbad/Waldbronn/Marxzell.



Erläuterungen:

Das EU-Parlament und der EU-Ministerrat haben nach der im Jahr 2001 erfolgten Klage der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die EU im Sommer 2003 neue Rahmenbedingungen für die Agro-Gentechnik verabschiedet. Dabei wurden eine neue Verordnungen zur Zulassung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von genveränderten Lebens- und Futtermitteln verabschiedet. Neue Schwellenwerte für die Zulassung und Kennzeichnungspflicht von Lebens- und Futtermitteln aus GVO (gentechnisch veränderten Organismen) wurden festgelegt. In Brüssel wurden dabei auch die Schwellenwerte für den Saatgutbereich festgelegt. Es geht darum, ab welchem Verunreinigungsgrad mit gentechnisch veränderten Organismen Saatgut als „gentechnisch verändert“ gekennzeichnet werden muss.

Die EU-Kommission hat europaweit verbindliche Regeln für die so genannte „Koexistenz“ in ihren EU-Richtlinien, der Freisetzung-RL (Richtlinie 2001/18/EG vom 12. März 2001, Art. 26a - „Maßnahmen zur Verhinderung des unbeabsichtigten Vorhandenseins von GVO“) sowie die Leitlinien zur Koexistenz der EU-Kommission (2003/556/EG vom 23.7.2003) festlegt, d.h. Haftungsregelungen und Vorschriften, wie und mit welchen Vorsichtsmaßnahmen die gentechnikfreie Produktion geschützt werden kann. Mit der Ausgestaltung dieser EU-Richtlinie wurden die nationalen Regierungen beauftragt. Mit dem Entwurf zur Novellierung des Gentechnikgesetzes hat die Bundesverbraucherministerin Künast für Deutschland Regelungen zur Koexistenz und damit zum Schutz der gentechnikfreien Produktion und Haftung vorgelegt.

Der Gesetzentwurf für Teil 1 des Gentechnikgesetzes wurde am 11.2.2004 vom Kabinett verabschiedet, nachdem man das neue Gentechnikgesetz in zwei Teile gesplittet hatte.

Der erste Teil enthält so genannte nicht Bundesratszustimmungspflichtige Regelungen, in denen die Länderinteressen nicht berührt sind. Er enthält Regelungen zu Haftung, Standortregister, Schutz ökologisch sensibler Gebiete. Im zweiten Teil, der die Zustimmung des Bundesrates bedarf und der noch nicht verabschiedet wurde, sind Monitoring, und genaue Vorgaben zur Praxis des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (gute fachliche Praxis) definiert.

Die Gemeinde Karlsbad befürwortet die Errichtung einer gentechnikfreien Region auf ihrer Gemarkung, weil nur die großflächig angelegte gentechnikfreie landwirtschaftliche Produktion langfristig eine unkontrollierte Auskreuzung von gentechnisch veränderten Pflanzen garantieren kann.

(...)

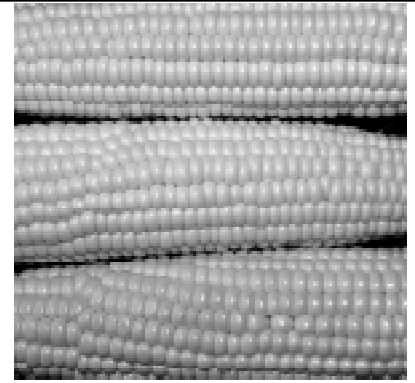
Der Gemeinderat möge beschließen:

1. dem Bündnis für die Gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein beizutreten, das sich am 29.04.2005 in Karlsruhe aus Umweltverbänden, Landwirten, Kirchen, Gewerkschaften und weiteren Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen gegründet hat.
2. im Rahmen von Pachtverträgen über landwirtschaftliche Flächen der Gemeinde den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bis auf weiteres auszuschließen und bei bestehenden Pachtverhältnissen die Pächter zu bitten, auf den Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut zu verzichten.
3. Gespräche mit den Landwirten und landwirtschaftlichen Berufsvertretungen zu initiieren mit dem Ziel, gemeinsam einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von gentechnisch veränderten Organismen in anderen Produkten zu verhindern, weil gesundheitliche Fragen wie Auswirkungen auf den menschlichen Organismus nicht oder nur unzureichend geklärt sind.
4. den Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der hiesigen Landwirtschaft insbesondere über das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung durch die im Kreis/der Gemeinde tätigen Landwirte und Mitglieder der Bauernverbände zu unterstützen.
5. keine Bestrebungen für einen Erprobungsanbau von gentechnisch manipulierten Organismen in der Gemeinde zu unterstützen, solange das Gentechnikgesetz und die zugehörigen Verordnungen nicht verabschiedet sind.



Zur Umsetzung ist die Gemeinde aufgefordert, die Ziele der Gesetzesnovelle, den Schutz der gentechnikfreien Lebens- und Futtermittelproduktion, die Sicherung der Wahlfreiheit für Verbraucher, Landwirte und Lebensmittelproduzenten und die maximale Transparenz durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus ist es ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil der Landwirtschaft in der Gemeinde, dass bisher GVO-frei gewirtschaftet wird, wie es der europäische Markt nachfragt. Hier stimmen Produktion und Verbraucherwünsche voll überein. Dies soll auch so bleiben.

Warum ein Bündnis gegen Gentechnik? Interview mit dem BUND-Regionalvorsitzenden Armin Gabler



Was verbirgt sich hinter „Bündnis für gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein“?

Unser Bündnis ist ein lockerer Zusammenschluss von Verbänden und Personen. Beispielsweise gehören viele grüne Ortsverbände, Kreisverbände und Gemeinderatsfraktionen aus der Region dem Bündnis an. Inzwischen treten auch Städte und Gemeinden bei, was aus unserer Sicht enorm wichtig ist für die Wirkung in der Öffentlichkeit. Nicht zu vergessen sind eine gewisse Anzahl von Landwirten, die sich mit dieser Erklärung verpflichten, kein gentechnisch verändertes Saatgut anzubauen. Schließlich zählen zu den Unterzeichnern auch Lebensmittelgeschäfte und Gaststätten. Insgesamt gehören dem Bündnis derzeit 1473 Personen, sieben Städte bzw. Gemeinden und 65 Institutionen an.

Was muss man tun, um dem Bündnis beizutreten?

Man muss eine Unterstützungserklärung unterschreiben und diese an den BUND in Karlsruhe schicken, der die Koordination des Bündnisses übernommen hat. Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu integrieren, setzen wir die Beitrittsschwelle bewusst niedrig an. Man muss kein Geld zahlen oder sich an Aktionen beteiligen, sondern nur den Willen öffentlich kundtun, dass man Gentechnik ablehnt und dass man von der Politik und der Wirtschaft verlangt, dass alles unternommen wird, damit keine gentechnisch veränderten Lebensmittel in den Wirtschaftskreislauf kommen. Damit verbunden ist auch ein Appell an die Landwirte, erst gar keine gentechnisch veränderten Lebensmittel anzubauen.

Welche Ziele hat das Bündnis?

Wir haben das Ziel, dass in der Region Mittlerer Oberrhein kein Anbau von gentechnisch veränderten Lebensmitteln stattfinden soll. Ebenso wollen wir verhindern, dass solche Lebensmittel in den Handel kommen. Wir setzen dabei auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, von denen die meisten keine gentechnisch veränderten Lebensmittel möchten. Wir bemühen uns darum, dass viele Personen und Institutionen ihre Ablehnung durch eine Unterschrift öffentlich erklären. Es soll also über die Verbraucherinnen und Verbraucher politischer Druck ausgeübt werden. Wir wollen aufzeigen, dass kein Bedarf besteht, gentechnisch veränderte Lebensmittel anzubieten und ein solches Angebot den Händlern sogar Ärger einbringen kann. Wenn man daran nichts verdienen kann, dann wird es auch nicht angebaut oder angeboten, das ist die zugrunde liegende Idee.

Was tut das Bündnis außer Unterschriften zu sammeln?

Durch Veranstaltungen wollen wir Aufmerksamkeit wecken und nach außen präsent sein. Im Februar haben wir beispielsweise eine Demo gegen den Gentechnikversuch in Rheinstetten organisiert. Während des Wahlkampfes haben wir die Landtagskandidaten der Karlsruher Wahlkreise zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Und kürzlich fand eine viel beachtete Pressekonferenz zu diesem Thema statt. Daneben betreiben wir eine Internetseite mit aktuellen Infos und wir versuchen, mit Info-Broschüren die Öffentlichkeit wachzurütteln. Bei regelmäßigen Treffen des Koordinierungskreises legen wir jeweils die Aktivitäten der nächsten Wochen fest. Die Termine für die nächsten Zusammenkünfte können beim BUND erfragt werden.

Welche Ziele wurden erreicht und was ist noch zu tun?

Im Großen und Ganzen wurde das Ziel erreicht, sich auf breiter Front zu formieren, viele verschiedenen Organisationen, Personen und auch Institutionen einzubeziehen.

Aber es gibt noch viel zu tun. Wir müssen stärker auf die Landwirte zugehen, denn gerade bei den eher konventionellen Landwirten gibt es noch starke Vorbehalte gegen das Bündnis. Wir müssen außerdem versuchen, weitere Städte und Gemeinden zum Beitritt zu bewegen, auch wenn wir in letzter Zeit einige Abstimmungsniederlagen hinnehmen mussten. Städte, Gemeinden und Kirchen genießen in der Bevölkerung ein hohes Ansehen, folglich geht von ihrem Beitritt eine große Signalwirkung aus.

Wo liegen die derzeitigen Prioritäten?

Leider ließen sich die Gentechnikversuche in Forchheim und Linkenheim-Hochstetten nicht verhindern, obwohl wir versucht haben, mit Demos und Unterschriftenaktionen dagegenzuhalten. Wir müssen daher überlegen, wie wir im nächsten Jahr strategisch vorgehen, damit uns dies nicht wieder passiert. Unser größtes momentanes Ziel lautet deshalb: Keine weiteren Gentechnikversuche in unserer Region!

Interview geführt von Ute Leidig, Geschäftsführerin Regionalbüro Mittlerer Oberrhein, B90/Grüne

Gentechnik auf Europäischer Ebene: EU-Kommission räumt Probleme mit Koexistenz ein

Das Nebeneinander gentechnisch veränderter und herkömmlicher Saaten und Kulturen bereitet bekanntlich Schwierigkeiten. Dies wird auch im Koexistenzbericht der EU deutlich: Da die Handlungskompetenz bei den einzelnen Mitgliedsstaaten liegt, ist das Durcheinander bei den Koexistenzmaßnahmen groß. Z.B. liegt das Sicherheitsabstandsgebot für den Rübenanbau in den Niederlanden bei lediglich 1,5 m, in Luxemburg dafür bei 2000 m. Eine Rahmengesetzgebung für die "Koexistenz" auf EU-Ebene, wie eine EU-weite Haftungsregelung, ist jedoch nicht in Sicht. Die Forderungen der Europa-Grünen sind deshalb u.a.:

-Genpflanzen müssen schon vor der Zulassung auf Koexistenzfähigkeit geprüft werden.

-Den einzelnen Ländern und Regionen müssen größere Handlungsmöglichkeiten zur Schaffung gentechnikfreier Regionen zugestanden werden.

Eine weitere wichtige Forderung ist die nach mehr Transparenz beim EU-Zulassungsverfahren.

Mehr:

Zum Koexistenzbericht über: http://europa.eu.int/comm/agriculture/coexistence/com104_de.pdf.

Zu der wissenschaftlichen Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle: www.jrc.es/home/pages/eur22102enfinal.pdf.

Die Ergebnisse der EU-Konferenz vom 4.-6. April 06 in Wien zur Koexistenz finden sich auf folgenden Seiten: www.europa.eu.int/comm/agriculture/events/vienna2006/index_en.htm.

Der Deutsche Naturschutzring hat im April ein Sonderheft des EU-Rundschreibens zu Gentechnik herausgegeben:

www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0604-sh.pdf.

Infos zur Grünen Position auf Europäischer Ebene finden sich auch im neuesten Öko-Newsletter von Hiltrud Breyer MdEP:

www.hiltrud-breyer.de/newsletter/oekonews/OekonoesAprilNr12006.pdf.

Alexander Geiger
B90/Grüne KV Karlsruhe



Die Initiativen des neuen Bundesministers

Landwirtschaftsminister Seehofer - zu grünen Zeiten hieß die Inhaberin desselben Amtes noch Verbraucherschutzministerin! - will die Haftungsregelung im Gentechnik-Gesetz aufweichen. Für den Herbst ist ein Vorschlag angekündigt. Seehofer weist in der Öffentlichkeit immer darauf hin, dass die Änderung des Gentechnik-Gesetzes nur die Forschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland erleichtern solle. An den Schutzregelungen für Verbraucher und Landwirte wolle er nichts verändern. Doch unter dem Deckmantel „Erleichterung für die Forschung“ werden sich mit Sicherheit Verschlechterungen für diese verbergen – Haftung, Standortregister und ökologische Umweltbelange sollen geschliffen werden.

So gilt es z.B. als ausgemacht, dass Seehofer bei der Haftungsregelung das kleine Wörtchen „insbesondere“ streichen will. Das klingt nur auf den ersten Blick harmlos.

Es bedeutet aber, dass Landwirte die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen in Zukunft nur noch dann haften, wenn die Verunreinigung der Ernte ihrer Nachbarn den EU-rechtlich für Lebens- und Futtermittel vorgeschriebenen Kennzeichnungswert von 0,9 Prozent überschreitet. - Dieser EU-Kennzeichnungswert gilt wohlweislich NICHT für Ernteprodukte. – Denn im Laufe der Verarbeitungen können nach der Ernte weitere Verunreinigungen hinzukommen, so dass am Ende der Lebensmittelproduktion dieser Grenzwert weit überschritten sein kann, wenn bereits bei einem Ernteprodukt mit 0,9 % Verunreinigung angefangen wurde. Darum verlangen Mühlen oder Lebensmittelproduzenten bei der Abnahme von Ernteprodukten einen wesentlich geringeren Grenzwert als 0,9 %. Landwirte, die das für ihre Ernteprodukte nicht mehr garantieren können, werden auf ihrer Ernte und dem Schaden sitzen bleiben.

Die erste Tat des neuen Ministers:
MON 810

Statt einer auch den Landwirten nichts Gutes bringenden Änderung des Gentechnik-Gesetzes sollte der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz schleunigst Verordnungen zur guten fachlichen Praxis beim Anbau mit gentechnisch veränderten Pflanzen und zum Monitoring auf den Weg bringen. Das wäre das eigentliche Gebot der Stunde nach der im Dezember 2005 aus seinem Ministerium erfolgten Zulassung der ersten Sorten aus dem gentechnisch veränderten Mais MON 810 für den kommerziellen Anbau. Zur Erinnerung: MON 810 wurde bereits 1998 von der EU-Kommission zugelassen und einige Jahre später wurde in Deutschland beim Bundessortenamt (BSA) die Zulassung beantragt und vom BSA geprüft. Wegen grundsätzlicher rechtlicher Bedenken wurde die Zulassung dieser Sorten von der damaligen Ministerin Renate Künast ver-

weigert. Diese Bedenken bestehen nach wie vor. Wir von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen uns in unserer Auffassung durch ein Rechtsgutachten erneut bestätigt: Das Inverkehrbringen von MON 810-Saatgut ist gentechnikrechtlich nicht zulässig. Dank Seehofer aber ist der kommerzielle landwirtschaftliche Anbau mit Sorten aus MON 810 in diesem Jahr gestartet – ohne Klarheit für Landwirte, welche konkreten Pflichten und Schutzregeln sie beim Anbau dieser Sorten einzuhalten haben. Dass der Anbau derzeit auf noch nicht einmal 2.000 ha stattfindet, ist ein schwacher Trost. Wir wissen was der Einzug der Gentechnik in der kleinräumig strukturierten Landwirtschaft der westli-

chen Bundesländer - und insbesondere Baden-Württembergs - bedeutet.

Fazit: Eine weitere Novelle des Gentechnik-Gesetzes ist EU-rechtlich nicht notwendig - und es ist absehbar, dass eine Veränderung des geltenden Gentechnikrechts zu Verschlechterungen für den Schutz der gentechnikfreien Produktion führen wird. Deshalb gibt es hier nur einen guten Rat: Finger weg vom Gentechnik-Gesetz!

Grundsätzlich gilt: Für die Wahrung von Verbraucherrechten und Umweltschutz ist die Gesetzgebung das eine Standbein - das andere ist die Entscheidungsmacht der VerbraucherInnen und LandwirtInnen.



Nur mit deren Unterstützung lässt sich eine gentechnikfreie Landwirtschaft durchsetzen und erhalten. Jede Initiative für die Einrichtung einer gentechnikfreien Region ist ein Schritt auf dem richtigen Weg!

Sylvia Kotting-Uhl,
MdB B90/Grüne

Landtagsantrag Gentechnik: Die baden- württembergische Landwirtschaft ist zu kleinräumig für eine friedliche Koexistenz

Nach mehreren Initiativen in der letzten Legislaturperiode hat nun auch die neue Grüne Landtagsfraktion einen Antrag zu Agro-Gentechnik im Landtag eingebracht (www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0185_D.PDF).

Hierin fordert sie die Landesregierung auf,

- den auf landwirtschaftlichen Flächen im Eigentum des Landes angebauten Mais MON810 umgehend unterzupflügen,
- auf landwirtschaftlichen Flächen im Eigentum des Landes auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten und dies in den Verträgen mit den Pächtern entsprechend zu vereinbaren,
- Forschungsvorhaben und Projekte zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen weder finanziell noch ideell zu unterstützen,
- die Kontrollen auf Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Material bei Saatgut zu verstärken,
- die Einhaltung der gültigen Kennzeichnungsregeln bei Lebensmitteln zum Schutz der Verbraucherin-

nen und Verbraucher strikt zu überwachen,

- den Aufbau gentechnikfreier Regionen zu unterstützen,
- sich im Bundesrat für die Änderung des Schwellenwertes für Verunreinigungen im Saatgut von 0,9 % auf 0,1 % einzusetzen
- sich auf Bundes- und europäischer Ebene für die gesetzliche Verankerung gentechnikfreier Zonen nach dem Vorbild Österreichs oder der Schweiz einzusetzen,
- sich auf europäischer Ebene für eine verbraucherfreundliche Rechtsetzung in Sachen Agro-Gentechnik einzusetzen (z.B. Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden).

In Ihrer Antwort führt die Landesregierung aus, dass die Versuche des Landes mit MON 810 – entgegen eines im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion erstellten Gutachtens – rechtmäßig seien (S.8 „Die Initiativen des neuen Bundesministers“).

Vertragliche Vereinbarungen zu Anbau – Einschränkungen auf landeseigenen Flächen werden grundsätzlich abgelehnt und Anbauversuche für notwendig gehalten. Dass die Gentechnik schon auf dem Acker angekommen ist, wird aus der Tatsache deutlich, dass die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUF) bei den diesjährigen Saatgutuntersuchungen bei drei Maisproben Spuren von gentechnisch veränderten Mais nachgewiesen hat- auch wenn die Gehalte unter 0,1 % lagen. Damit ist die baden-württembergische Landesregierung deutlich gentech-freundlicher als unsere bayrischen Nachbarn: Dort rät die Landesregierung den Landwirten vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab.

Gisela Splett, MdL B90/Grüne

Weg vom Öl! Hin zum Gen-Mais?

Bei Saatgutfirmen wie Monsanto und Syngenta ist die Hoffnung groß, über transgene Pflanzen zur Energiegewinnung doch noch in Deutschland ins Geschäft zu kommen, wenn sich schon die Einführung genveränderter Futterpflanzen und Nahrungsmittel so zäh gestaltet. Die Konzernstrategen erwarten bei gentechnisch veränderten Pflanzen zur Energie- und Rohstoffgewinnung eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung, immerhin landen die Produkte nicht auf dem Teller, der Verbraucher kommt nicht direkt mit ihnen in Berührung. Und Biomasse hat ein sehr „grünes“ Image, verringert die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und reduziert den CO₂ - Ausstoß. Grund zur Sorge? Eindeutig Jein! Nein, weil die Umsetzung der Visionen von Forschern und Konzernen sich schwieriger gestaltet als angenommen. Große Schwierigkeiten bereiten unter anderem unerwünschte Nebeneffekte bei der Gen-

veränderung, die Anbaueigenschaften und Ertrag der neu designten Pflanzen beeinträchtigen.

Der EU-Kommission liegen im Moment ganze zwei Anträge auf die Zulassung von GVO-Pflanzen im Energie- und Rohstoffbereich vor. Seit 1996 läuft der Antrag der schwedischen Firma Amylogene auf Zulassung einer Kartoffel mit veränderter Stärkezusammensetzung, nutzbar z.B. für die Papierherstellung, ein Projekt, an dem parallel auch die BASF arbeitet. 2006 stellte Syngenta einen Antrag auf Zulassung einer GVO – Maisorte für die Produktion von Bioethanol zur Beimischung zu Benzin, allerdings betrifft der Antrag die Einfuhr des „Mais 3272“, nicht den Anbau in EU-Staaten. Der Mais besitzt ein Gen eines hitzetoleranten Bakteriums, seine Stärke kann deshalb bei höheren Prozesstemperaturen und damit effektiver zu Bioethanol umgewandelt werden.

Ja, weil das Beispiel GVO-Pflanzen zeigt, dass wir uns schleunigst von der Vorstellung, Biomasse sei von sich aus gut, grün und unterstützenswert verabschieden und zu einer differenzierteren Beurteilung kommen müssen. Um beim Beispiel Mais zu bleiben: das EEG hat einen Boom nicht nur bei Biogasanlagen ausgelöst, sondern auch beim Maisanbau. Mais bietet den höchsten Hektarertrag bei der Biogaserzeugung. Während Maisanbau in einer abwechslungsreichen Fruchtfolge kein großes Problem darstellt, befürchten Umweltverbände, dass es für Biogaserzeugung in fast schon industrieller Größenordnung zu Maismonokulturen ohne ausreichende Fruchtfolge, u.a. auch auf Stilllegungsflächen kommen könnte, auf denen Pflanzen zur Energiegewinnung angebaut werden können, ohne dass die Landwirte ihre Stilllegungsprämien verlieren. Die Folge wäre verstärkte Bodenerosion und verstärktes Auftreten von Schädlingen. Und im schlimmsten Fall mehr Akzeptanz für gentechnisch veränderten Mais, der gegen den Maiszünsler resistent ist.

Ursula Häffner,
B90/Grüne KV Karlsruhe-Land

Informationen aus:
Heike Moldenhauer u.a.:
Nachwachsende Rohstoffe- Einfallstor für die Gentechnik in der Landwirtschaft? Positionspapier von BUND und AbL, www.abl-ev.de/gentechnik/pdf/nachrohstoffe.pdf
Christof Potthof: Zukunftsmarkt oder Zukunftsmusik? und Guido Reinhardt u.a.: Zuviel des Guten? Beide in: Kritischer Agrarbericht 2006, www.kritischer-agrarbericht.de
Arnold Sauter und Bärbel Hüsing: TA-Projekt Grüne Gentechnik - Transgene Pflanzen der 2. und 3. Generation, Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, www.tab.fzk.de



Aktion für gentechnikfreie Regionen am 3.3.06 auf dem Karlsruher Marktplatz mit der umweltpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Sylvia Kotting-Uhl, Renate Rastätter (MdL) und der Bundesvorsitzenden Claudia Roth.

Hightech ohne Gentechnik

Wie klassische Züchter mit modernen Methoden Erfolge erzielen, von denen Gentechniker nur träumen können.

Die Versprechen der grünen Gentechniker klingen verheißungsvoll: Reichere Ernten und endlich keine Krankheiten und Schädlinge mehr auf den besonders lecker schmeckenden und gesunden Feldfrüchten.

Eingelöst aber wurden bisher nur wenige davon. Lediglich vier Gentechnik-Pflanzen – Soja, Mais, Raps und Baumwolle – werden derzeit in größerem Stil angebaut. Und sie haben vor allem zwei neue Eigenschaften: Sie sind widerstandsfähig gegen Insekten und gegen Unkrautvernichtungsmittel. Alle anderen Zukunftsvisionen der Gentechniker sind bisher in der Zukunft geblieben.

Unterdessen entwickelt aber die Konkurrenz Pflanzen, auf die die Gentechniker neidisch sein könnten. Ohne fremde Gene einzubauen, erschaffen klassische Züchter ertragreiche Reissorten, Getreide für besonders trockene Standorte oder besonders gesunde Tomaten. Die Agro-Gentechnik sei damit überholt, fordern Gentechnik-Kritiker wie Jeremy Rifkin (www.commondreams.org/views06/0706-21.htm).

Zu wenig beachtet von der Öffentlichkeit nutzen Pflanzenforscher und Züchter inzwischen moderne Verfahren jenseits der umstrittenen Agrogentechnik. Hierbei werden Hightech-Methoden unter dem Namen „Smart Breeding“ verwendet, auch molekularbiologische, die sich letztlich der Gentechnik bedienen. Der Unterschied zur Gentechnik ist dennoch signifikant: Die Züchter bauen keine neuen Gene in ihre Pflanzen ein, sondern nutzen die gentechnischen Methoden, um aus ihren Kreuzungen schneller die vielversprechendsten herauszusuchen.

Beim „Smart Breeding“ (Cleverer Züchtung) greifen die Züchter zurück auf alte Landrassen oder wilde Verwandte der Kulturrassen zurück. Oft besitzen diese besondere

Fähigkeiten, wie Resistenz gegen Pilzbefall oder Überleben an trockenen Standorten.

In der Vergangenheit wurden bei der Einkreuzung der alten Sorten zu viele negative Eigenschaften mit übertragen. Mit Hilfe der Molekularbiologie ist es viel effizienter geworden, positive Eigenschaften alter Sorten auf die neuen Sorten per Züchtung zu übertragen.

Die Methode, die hierbei verwendet wird, heißt MAS. Das Kürzel steht für Marker-assisted Selection. Der Züchter ermittelt, welche Abschnitte im Erbgut („Marker“) mit den gewünschten Vorteilen zusammenhängen. Nach dem Kreuzungsexperiment kann er bereits beim Keimling danach suchen und mit den aussichtsreichsten Kandidaten weiterzüchten.

Auch die großen Gentechnik-Konzerne nutzen diese Möglichkeiten. Die zweite Methode zur Beschleunigung von Pflanzenzüchtung ist Tilling (Target Included Logal Lesions In Gomes). Bei dieser Methode werden in den Pflanzen mit Hilfe von Chemikalien zufällige Erbgutveränderungen ausgelöst.

Dann wird mit molekularbiologischen Verfahren getestet, ob sich die für die Züchtung interessanten Gene verändert haben. Das Ergebnis liegt bedeutend schneller vor, als wenn Pflanzen erst heranwachsen müssen, bevor die Vorteile sichtbar werden.

Hinfällig scheint somit das Argument der Gentechnik-Befürworter, mittels Gentransfer könnten bessere Sorten weit schneller erzeugt werden als durch konventionelle Züchtung.

Auch mit der gentechnischen Manipulation kann man kaum schneller sein, zumal das Einbringen der neuen Gene mit den bevorzugten Eigenschaften ja nur der erste Schritt ist.

Die mehrjährige Bewährungsprobe auf dem Feld bleiben unumgänglich, ob die Veränderung im Erbgut nun mit oder ohne Gentechnik zustande gekommen ist.



Resümee:

Vor diesem Hintergrund kann der Agro-Gentechnik nur noch ein Nischendasein – wenn überhaupt – zugebilligt werden. Denn die allermeisten Zukunftsversprechen der Agro-Gentechnik wie höhere Erträge, Widerstandskraft gegen Krankheiten oder Trockenheit oder Kälte – können auch mit neuen Züchtungsverfahren aus der wilden Verwandtschaft importiert werden.

Stellt man die Gefahren der Auskreuzung bei einem zunehmenden Einsatz noch in Rechnung, so hat die Agrogentechnik gar keine Berechtigung, weil wir uns damit auf einen Weg begeben, der sich als irreversibel erweist (USA, Kanada, Argentinien).

Wegen des unzureichenden Zulassungsverfahrens und wegen des geringen Wissensstandes über die Risiken für Umwelt, Tiere und Menschen haben Griechenland, Polen, Österreich und Ungarn den Anbau von BT-Mais verboten. Die Schweiz hat das EU Moratorium bis 2009 verlängert. Diese Länder sind uns da wohl einen Schritt voraus.

Die Gentechnik ist nur in einigen Fällen nützlich, nämlich da, wo die gewünschte Eigenschaft im Genpool der Pflanze nicht vorkommt, z.B. bei einer Resistenz gegen bestimmte Unkrautvernichtungsmittel. Hier nützt sie aber nur dem Profit der Konzerne, die neben dem Saatgut auch die dazugehörigen Unkrautvernichtungsmittel verkaufen.

Auszüge über mehrere Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ von Wiebke Rögener und Resümee von Dietlinde Bader-Glöckner, B90/Grüne KV Ettlingen

Herausgeber:

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisverbände Karlsruhe Stadt, Karlsruhe-Land, Ettlingen, Rastatt/Baden-Baden

Redaktion: Hans-Peter Behrens, Ruth Birkle, Ute Drechsel, Michael Gast, Alexander Geiger,

Ursula Häffner, Ute Leidig, Ulrike Maier, Gisela Splett, Anke Weidlich

Redaktionsadresse: Regionalbüro Mittlerer Oberrhein Bündnis 90/Die Grünen,

Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe, Fon.: 0721-2031232, www.karlsruhe.gruene-bw.de

Layout: Ruth Birkle

Druck: Maier Typo&Litho GmbH, Karlsruhe

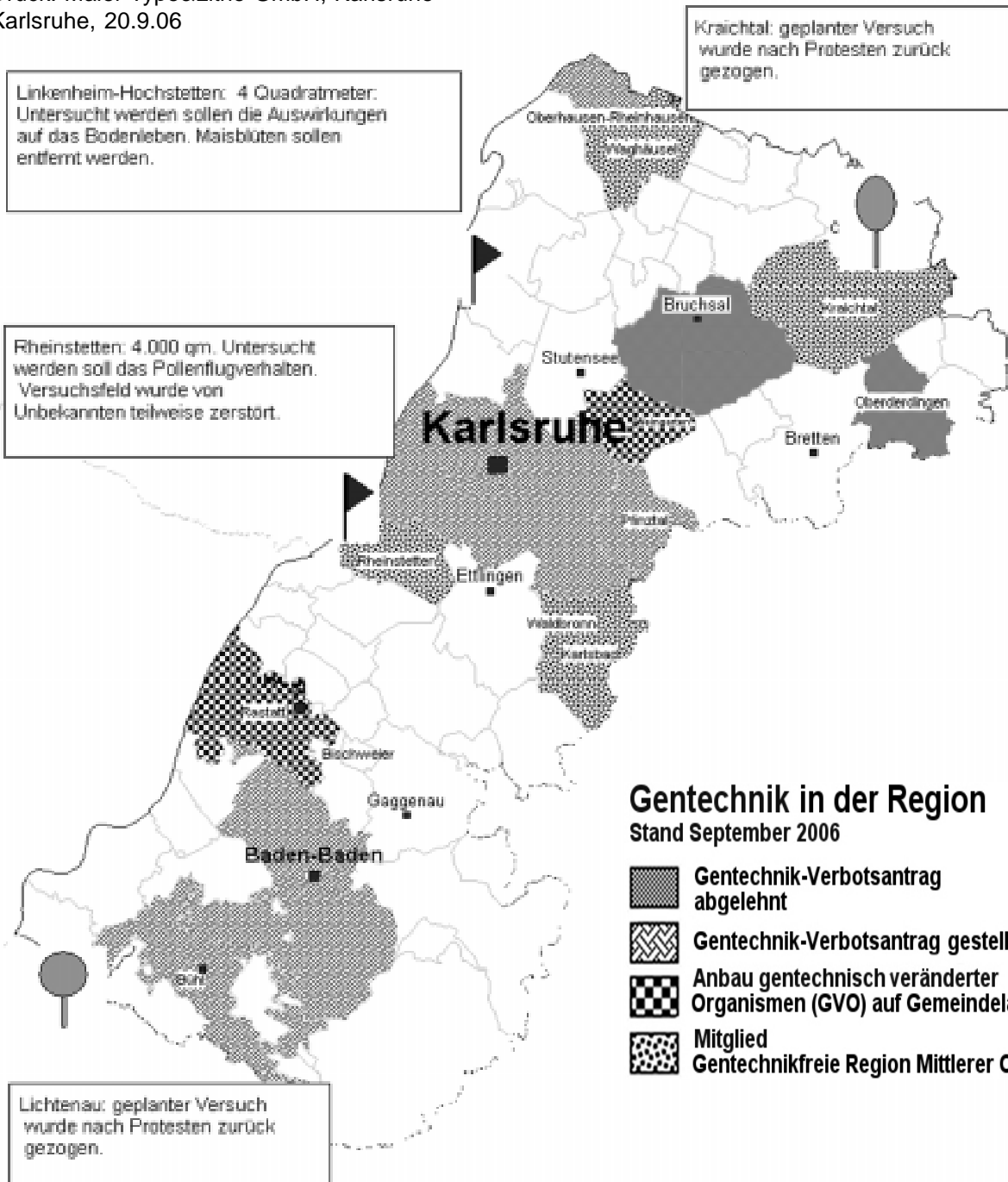
Karlsruhe, 20.9.06



Linkenheim-Hochstetten: 4 Quadratmeter. Untersucht werden sollen die Auswirkungen auf das Bodenleben. Maisblüten sollen entfernt werden.

Rheinstetten: 4 000 qm. Untersucht werden soll das Pollenflugverhalten. Versuchsfeld wurde von Unbekannten teilweise zerstört.

Kraichtal: geplanter Versuch wurde nach Protesten zurück gezogen.



Mehr Informationen zu einzelnen Artikeln:
Regionalbüro Mittlerer Oberrhein Bündnis 90/Die Grünen,
Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe, Fon: 0721-2031232,
kv.karlsruhe@gruene.de

Weitere Infos zum Thema,
zur Region und zum gentechnikfreien Einkauf:
www.gruenermarktplatz.de/
www.nabu-ka.de/oekoregio/oekoregiotour.htm
www.gentechnikfreie-regionen.de